

SPD - Gemeinderatsfraktion Schwäbisch Gmünd

**Stellungnahme
zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024/2025**

**Sigrid Heusel
Fraktionsvorsitzende**

Herr Oberbürgermeister Arnold,
Herr Erster Bürgermeister Baron,
Herr Bürgermeister Mihm,
Herr Kämmerer Bantel,
liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderats,
meine sehr geehrten Herren und Damen,

auch einen kommunalen Haushalt sollte man mit Blick auf übergeordnete Rahmenbedingungen betrachten, denn unseren städtischen Finanzen werden nicht nur von Berlin oder Stuttgart, sondern auch durch die aktuellen weltweiten Krisenherde und gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst.

Das zeigen uns Diskussionen am Arbeitsplatz, in der Familie oder auch im Freundeskreis, denn aufgrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen empfinden Menschen weltweit ihre persönliche Lebenssituation als zunehmend unsicher.

Der Krieg in der Ukraine, der Krieg in Nahost zwischen Hamas-Kämpfern und Israel, sowie viele weitere Konflikte, die mit Waffengewalt ausgetragen werden, lassen die Menschen mit großen Sorgen und Ängsten in die Zukunft blicken. Wir glaubten, dass zumindest in Europa kriegerische Handlungen einer überwundenen barbarischen Vergangenheit angehören würden – doch leider ist es nicht so – wir wurden eines Besseren belehrt.

Kriege bringen nicht nur Tod und persönliches Leid für Soldaten und Zivilbevölkerung, sie zerstören die Zukunft ganzer Generationen, sie zerstören kulturelle Errungenschaften und sie zerstören die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein prosperierendes Gemeinwesen.

Große Unsicherheit und Verunsicherung der Menschen bereitet auch den Boden für Rechtspopulisten. In Argentinien und den Niederlanden haben Rechtspopulisten kürzlich Wahlen gewonnen. Und in den USA scheint der destruktive Politikstil eines Donald Trump immer noch viele Menschen anzuziehen, obwohl er bereits heute klar sagt, dass Gesetze ihn nicht hindern werden, mit Widersachern und Andersdenkenden eine ganz persönliche Abrechnung geplant zu haben.

Auch bei uns spricht der Populismus der sogenannten „neuen Rechten“ zunehmend offen fremdenfeindliche oder nationale Einstellungen an und lässt teilweise auch antidemokratische Haltungen erkennen. Das Vertrauen in unsere Institutionen wird systematisch untergraben. Auch die Anonymität in den sogenannten sozialen Medien lässt Hemmungen fallen.

Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kollegen und Kolleginnen,
ich meine, es ist wieder an der Zeit zu „MEHR DEMOKRATIE WAGEN“, wie Willy Brandt es bereits 1969 für unsere Demokratie als unverzichtbar formuliert hat.

In Ausnahmezeiten, wie den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, die den Beginn eines politisch-kulturellen Wandels einleiteten, wollte Willy Brandt als Politiker den Boden bereiten, für eine Gesellschaft in der Bildungs- und Chancengerechtigkeit sowie gesellschaftliche Teilhabe für jede Bürgerin und jeden Bürger selbstverständlich werden sollten.

Nicht die Politik der vermeintlich einfachen Lösungen wird unsere Gesellschaft befrieden, sondern eine Politik des „Gehörtwerdens“ muss auch in der Kommunalpolitik wieder stärker gelebt werden. Nur dann haben „Rattenfänger“ keine Chance.

In diesem Zusammenhang, verehrte Kollegen und Kolleginnen, sei die Frage erlaubt, ob wir als Zivilgesellschaft mit der Aufnahme von Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, die bei uns eine neue Heimat suchen, wirklich an unsere noch leistbaren Grenzen kommen?

Die Herausforderungen der Integration sind hoch; Integration ist keine Einbahnstraße und alle Menschen müssen sich an unsere Regeln und Gesetze halten – Wer das nicht möchte, muss wieder gehen! Aber, pauschale Verurteilungen darf es nicht geben.

„**Vielfalt, nicht Uniformität, ist Stärke**“, um es nochmals mit Willy Brandt zu sagen.

In der Vielfalt liegt die Kraft der Erneuerung, nur wer bereit ist, neue Wege zu gehen, wird in schwierigen Zeiten das Ziel erreichen.

Zudem benötigen wir als älter werdende Gesellschaft die Zuwanderung, um dem Fachkräftemangel, vor allem bedingt durch die abtretende Generation der „Babyboomer“, entgegenzuwirken. Hier geht es nicht nur um soziale Aufgaben, sondern insbesondere auch um wirtschaftliche und klimarelevante Weichenstellungen.

Verehrte Herren und Damen,
die Demokratie ist gefordert. Auch wenn die Demokratie Schwächen hat – bleibt sie für mich und alle bekennenden Demokraten die beste aller Regierungsformen.
Und wir werden diese Demokratie verteidigen!

Deshalb braucht die Demokratie Vertrauen in ihre Institutionen und deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen engagiert einbringen, in öffentlichen Diskussionen, in Vereinen, in Initiativen und nicht zuletzt in demokratischen Parteien, denn diese sind maßgeblich an der Organisation unserer Demokratie beteiligt.

Vor allem die kommunalen öffentlichen Angelegenheiten berühren immer auch die privaten Angelegenheiten, wie z.B. die Sanierung von Schulen, die Schaffung von Kitaplätzen oder die Ausbildung von Pflegekräften und vieles mehr.
Unsere Aufgabe hier im Gemeinderat ist daher, die Bürger*innen zum Mitmachen einzuladen. Dafür müssen wir uns einsetzen.

Dazu gehört für mich auch, dass hier im Gemeinderat ein Haushaltsentwurf diskutiert wird, der die mit den Bürger*innen besprochenen Maßnahmen beinhaltet und den die Verwaltung dann im Laufe des Haushaltsjahres verlässlich umsetzt.

Große Herausforderungen müssen in den kommenden Jahren bewältigt werden.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Als die Corona-Pandemie für beendet erklärt wurde und alle schon Aufatmen wollten, kam mit dem Ukraine-Krieg und den Verwerfungen mit Russland eine Problematik auf die Tagesordnung, die bis Februar 2022 niemand voraussehen konnte.
Aufgrund der unsicheren politischen Rahmenbedingungen ist die gesamtdeutsche Wirtschaft in unruhiges Fahrwasser geraten. Inflation und steigende Zinsen belasten den Wirtschaftsstandort Deutschland. Hinzu kommt der Transformationsdruck für die Unternehmen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Und nun fehlt auch noch das Geld. Fest eingeplante Fördergelder stehen auf der Kippe.

Bedingt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November, stehen die dringend benötigten 60 Mrd. Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds und wohl auch

aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds nicht für die Modernisierung der Wirtschaft zur Verfügung. Insgesamt rund 260 Mrd. Euro.

Die Einhaltung der Schuldenbremse kann kein Selbstzweck sein, sondern die Organisation der großen Zukunftsaufgaben muss erste Priorität haben.

Ein kooperatives gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte im Bundestag zur Bewältigung der aktuell sehr großen Herausforderungen der deutschen Volkswirtschaft wäre angemessen gewesen. – Nicht parteipolitische Profilierung! Dies dümmert nun wohl auch immer mehr Landes- und Bundespolitikern der CDU.

Bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen handelt es sich nicht um „Klimaschutzgedöns“, wie es gern von manchen Zeitgenossen abgetan wird, sondern um harte Wettbewerbsinstrumente, die die Unternehmen befähigen sollen, den Transformationsprozess zu bewältigen und international wettbewerbsfähig zu bleiben. Wenn dies nicht gelingt, werden wir alle davon berührt sein, denn letztendlich betrifft es auch zukunftsfähige Arbeitsplätze, die gerade in Schwäbisch Gmünd und in der ganzen Region dringend benötigt werden.

Ich hoffe, dass man in Berlin nun schnellstens zusammenfindet, um die Scherben aufzukehren.

Herr Bantel, gibt es inzwischen Erkenntnisse, ob oder welche Förderungszusagen bzw. welche künftigen Förderprojekte in Gmünd wohl betroffen und damit aus finanziellen Gründen nicht durchführbar sein werden?

Wir bitten um eine Darstellung im Haushaltsausschuss am 13.12.2023.

Darüber hinaus hofft die SPD-Fraktion, dass man mit der Firmenansiedlung im projektierten Gewerbegebiet „Aspen“ in 2024 endlich zu Vertragsabschlüssen kommen wird.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben sich sehr intensiv bemüht, aber leider bisher ohne sichtbaren Erfolg. Wir wissen, dass Sie mit Ihrer Verwaltung alle Register gezogen haben und das der bisher ausbleibende Erfolg vor allen Dingen durch finanzielle Nachteile hervorgerufen wird, die unsere Region gegenüber anderen sowohl in Deutschland als auch international hat. Aber auch der „grüne Strom“ muss in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht.

Jedoch muss man auch anmerken, dass die Landesregierung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien komplett versagt und meilenweit hinter den eigenen Zielen zurückbleibt. Da muss noch kräftig nachgebessert werden. Zukunftstechnologien sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaftsregion und damit für sichere Arbeitsplätze.

Die SPD-Fraktion hofft, dass der Elektrolyseur auf dem Gügling schnellstmöglich fertiggestellt werden wird und damit auch als Motor für den Transformationsprozess Bedeutung gewinnen kann.

Auch die Breitbandinfrastruktur der städtischen Gebiete muss weiterhin hohe Priorität haben. Dafür sind im Doppelhaushalt insgesamt 7,4 Mio. € eingestellt. Das begrüßen wir. Bereits im Doppelhaushalt 2022/23 waren 11,4 Mio. € für den Breitbandausbau eingestellt.

Antrag B1: Für die SPD-Fraktion beantrage ich Informationen darüber, welche Mittel für den Breitbandausbau in 2022/23 tatsächlich abgeflossen sind und welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden konnten.

Was ist noch offen aus dem aktuellen Haushalt?

Welche Schulen sind noch nicht mit schnellem Internet versorgt?

Wurden Maßnahmen mittels Ermächtigungsübertragung in den neuen Haushaltsentwurf übertragen?

Herr Oberbürgermeister,
wie ist der aktuelle Stand, der Qualifizierungsoffensive von Fachkräften in der Wirtschaftsregion und konkret im Gmünder Raum? Vor ungefähr zwei Jahren haben Sie uns die Studie „Future Skills“ der Agentur Q vorgestellt. In der Studie wurde klar definiert, welche Schlüsselqualifikationen Fachkräfte für die erfolgreiche Bewältigung der Transformation aufweisen bzw. mitbringen müssen.

Antrag B2: Die SPD-Fraktion beantragt, dass Sie einen Austausch mit der Agentur für Arbeit hierzu bis zu den Sommerferien auf die Tagesordnung setzen.

Bildung und Betreuung

Im vorliegenden Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 sollen knapp 7 Mio. Euro in die **Schulen** investiert werden. Diese Investitionen in Sanierung, Neubau und Digitalisierung sind dringend notwendig und sie sollten möglichst auch im Planungszeitraum ausgeführt werden.

Ich bitte darum, dass die Kämmerei uns eine aktualisierte Liste des Bearbeitungsstandes der Investitionen aus dem aktuellen Haushalt zum nächsten Haushaltsausschuss zur Verfügung stellt, denn aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf kann nicht ohne weiteres herausgelesen werden, welche Maßnahmen inzwischen beendet bzw. noch gar nicht angefangen wurden.

Meine Herren und Damen,
Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft.
Auch wenn **jeder** Euro als Kredit aufgenommen werden muss sind es, um im Finanzsprachgebrauch zu bleiben, rentierliche Schulden.
Dieses Geld muss in der Stadt immer vorhanden sein.

Es hilft auch nicht, wenn über die stetig steigenden Aufgaben geklagt wird – wir müssen unsere Hausaufgaben machen.

Darüber hinaus sollten wir nach Stuttgart und Berlin „gehen“ und eine auskömmliche Finanzierung unserer kommunalen Aufgaben fordern.

Das können wir alle gemeinsam parteiübergreifend organisieren.

Die **frühkindliche Bildung** gehört zu den prioritären Aufgaben. Aber, auch hierfür ist das Geld knapp bemessen, dass die Kommune zur Aufgabenbewältigung von Land und Bund erhält.

Wie Sie alle wissen, halten wir es in der SPD darüber hinaus nach wie vor für dringend notwendig, auch den Sektor der frühkindlichen Bildung aus steuerfinanzierten Mitteln allen Kindern und Familien kostenfrei anbieten zu können. Hierzu bedarf es allerdings einer Änderung der Prioritätensetzung in der Landespolitik – diese ist mit der jetzigen Regierung leider nicht in Sicht. – Oder doch? – Was man aus der Landes-CDU hört, könnte bedeuten, dass sich hier ein Sinneswandel abzeichnet. Ich hoffe, dass der Funke auch auf die Gmünder CDU überspringt.

Allerdings Herr Baron, Herr Oberbürgermeister,
nicht einverstanden ist die SPD-Fraktion damit, dass Sie mit dem Haushaltsentwurf keine weiteren Stellen für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen wollen.
Das wäre ein Schuss ins eigene Knie.

Wenn die junge Generation aus beruflicher und finanzieller Unsicherheit heraus überlegt, ob sie Kinder bekommen oder sich leisten kann, dann wird unsere älter werdende Gesellschaft keine Zukunft haben.

Das können wir alle nicht wollen, denn Kinder sind ein Segen und etwas Kostbares, auf das wir alle stolz sein können.

Die Familien benötigen Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit benötigt allerdings auch die Wirtschaft. In der letzten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ wurden die deutschlandweit fehlenden rund 320.000 Fachkräfte im U3 Bereich als „Kitastrophe“ für Familien und Arbeitsmarkt bezeichnet. In Baden-Württemberg fehlen rund 60.000 Kitaplätze. Bei den Kindern unter drei Jahren werden nur für 30% Plätze angeboten, obwohl 45% der Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchen. Die Mütter und Väter fehlen dem Arbeitsmarkt.

Herr Erster Bürgermeister,
auch wenn die Kassen knapp sind, gilt es, alle Anstrengungen zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu unternehmen. Wenn wir es schaffen, für den Bedarf an Kitaplätzen in unserer Stadt das notwendige Fachpersonal zu bekommen, dann dürfen keine Abstriche am Ausbau der Betreuungsinfrastruktur erfolgen. Wir haben mit St. Loreto eine Einrichtung in der Stadt, die für unseren Standort wichtige Arbeit leistet – das müssen wir nutzen. Zum Wohle der Kinder, der Familien und zur Unterstützung der Wirtschaft.

Bereits 2022 hatte die SPD-Fraktion beantragt, zur jährlichen Diskussion der Kindergartenbedarfsplanung jeweils eine Vertretung aus dem Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten mit der Bitte um einen Bericht zur aktuellen Betreuungssituation aus Sicht der Eltern einzuladen. Dieses wurde zwar zugesagt, aber nicht umgesetzt.

Daher erneuert die SPD-Fraktion diesen Antrag für die kommenden Beratungen der Kindergartenbedarfsplanung.

Antrag B3.

Wohnen – Innenstadtentwicklung – Mobilität – Klimaschutz

Herr Oberbürgermeister,
nun ist es bereits über drei Jahre her, dass im Gemeinderat der fraktionsübergreifende Antrag „Lebenswerte Altstadt“ einstimmig verabschiedet wurde.

Teilweise wurden Maßnahmen diskutiert oder auch ausprobiert, aber ansonsten schlummert der Antrag in den „Tiefen des Verwaltungshandelns“.

Der Antrag sollte als zukunftsgerichtetes Konzept für Wohnen, Einkaufen, Erholung, Freizeit sowie Kultur, Mobilität und Klimaschutz als Konzeptvorlage dienen.

Bis heute warten wir auf ein Gesamtkonzept.

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie ehrenamtliches Engagement von Bürger*innen ernst nehmen, dann gehören auch transparente Entscheidungsprozesse dazu.

Antrag B4: Die SPD-Fraktion beantragt bis zur Sommerpause 2024 die Vorlage eines Gesamtkonzeptes für die Umsetzung des Antrags „Lebenswerte Altstadt“.

Dazu gehören:

- ein Buslinienkonzept für die Innenstadt – besonders auch für die Schmiedgassen
- ein umfassendes Verkehrskonzept für Fußgänger, Radfahrer und Autoverkehr – inklusive Radstraßen
- die Klärung von Strukturfragen: Wo soll künftig Handel und Dienstleistung etabliert sein und bleiben? Wo soll künftig Raum für Wohnen sein? Wo kann Wohnen, Handel, Dienstleistung und Gastronomie sinnvoll kombiniert werden?

Die Umsetzung kann natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen und muss daher langfristig gedacht werden. Konzeptionell sollten wir uns aber mit den strukturellen Fragen baldmöglichst auseinandersetzen. Dieser Anspruch ist im Antrag „Lebenswerte Altstadt“ enthalten.

Herr Oberbürgermeister,
inzwischen gibt es ein Konzept zur Begrünung der Innenstadt. Teile davon, will die Verwaltung umsetzen.

Für „Grüne Urbanität“ sind eingestellt:

200.000 Euro für Baubotanik Bushaltestelle auf dem Unteren Marktplatz

50.000 Euro für ein „Fontänenfeld Marktplatz“

Herr Oberbürgermeister,
die SPD-Fraktion möchte kein Geld für „Spielereien“ ausgeben. Auch wenn ein Fontänenfeld sicher einen gewissen Reiz hätte, halten wir die Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität an heißen Sommertagen für ausgesprochen minimal. Wer kommt denn bei Temperaturen um die 35 Grad überhaupt in die Innenstadt? Für Familien gibt es an heißen Tagen attraktivere Orte. Aber für den Handel sind die steigende Anzahl heißer Tage eine zunehmende existentielle Bedrohung und für die Innenstadtbewohner unzumutbar.

Wir benötigen Bäume, die, wenn sie ausgewachsen sind, einen wirkungsvollen Beitrag zum Mikroklima auf dem Marktplatz beitragen können. Mobile Bäume oder ein kleines Wasserspielfeld können das nicht.

Herr Oberbürgermeister,
niemand will auf dem Marktplatz einen Wald pflanzen, aber die Bürger*innen wollen eine gute Aufenthaltsqualität in ihrer „guten Stube“ – auch im heißen Sommer.

Antrag A1: Die SPD-Fraktion beantragt, die eingestellten Mittel von 50.000 € für das Projekt Fontänenfeld Marktplatz zu streichen.

Stattdessen wird für den Marktplatz ein Konzept zur Bepflanzung mit geeigneten Bäumen erarbeitet und umgesetzt.

Das Konzept des Büro Koeber bietet für die Pflanzung von Bäumen auf dem Marktplatz bereits eine gute Grundlage.

Herr Oberbürgermeister, die Nutzung des Marktplatzes können wir verändern, aber der Klimawandel wird auf den Veranstaltungsreigen der Gmünder keine Rücksicht nehmen.

Im „worst case“ zwei bis drei heiße Sommermonate contra ein paar Tage Vergnügungen? Diese Rechnung sollte zugunsten der Innenstadtbewohner und der Innenstadtbesucher aufgehen.

Und die Zeit drängt, denn die Bäume müssen ja auch noch wachsen, ehe sie ihre ganze Pracht und Wirkung entfalten können.

Auch die Diskussion eines zweiten Bahnhofs in der Stadt, Herr Oberbürgermeister, muss dringend Fahrt aufnehmen, denn der ÖPNV-Ausbau ist für die Mobilitätswende zentral. Möglichst viele Menschen müssen motiviert werden, auf das Auto zu verzichten, da die Fahrt mit Bus und Bahn eine echte Alternative darstellt und auch bequem ist. Die Erreichbarkeit ist daher eine zentrale Frage.

Die SPD-Fraktion wird für den Doppelhaushalt 2024/25 keine weiteren Klimaschutzmaßnahmen beantragen, da auch die der letzten Jahre weitgehend noch nicht umgesetzt wurden. Dazu gehört auch die Umsetzung klimaneutraler Wohnprojekte nach dem „Triple-Zero-Prinzip“ von Prof. Sobeck. Ein Pilotprojekt wäre ein guter Anfang.

Aber wir erneuern unseren Antrag zur Erstellung eines „Masterplans Klimaneutralität 2035“.
Antrag B5.

Das Amt für Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Bürgerbeteiligung wird nach längerer Vakanz nun zum 01.01.2024 wieder eine Amtsleitung bekommen und damit – auch nach einigen Personalwechseln – wieder voll arbeitsfähig sein.

Herr Oberbürgermeister, nur wer den Weg kennt, wird das Ziel erreichen. Wir hoffen, dass unter neuer Führung unsere Anliegen eine bessere Berücksichtigung finden werden.

Eine entscheidende Bedeutung auf dem Weg zur Klimaneutralität kommt den **Stadtwerken** zu.

Doch, wie können die Stadtwerke vor allem finanziell ertüchtigt werden, diese gewaltigen Zukunftsherausforderungen zu bewältigen?

Der Ausbau der Stromleitungsnetze sowie die vordringliche Aufgabe des Ausbaus von Wärmenetzen für die dezentrale Wärmeversorgung der Wohngebiete erfordert hohen finanziellen Einsatz. Dafür benötigen die Stadtwerke die entsprechende Kapitalausstattung, zum Beispiel durch eine Kapitalerhöhung.

Auch das Land BW muss mit ins Boot geholt werden. Wie in Schleswig-Holstein, das im Mai 2023 ihren Stadtwerken für die Wärmewende einen Bürgerschaftsrahmen von bis zu 2 Mrd. € zugesagt hat, erwarten wir auch aus Stuttgart entsprechendes Engagement.

Wir fordern Sie, Herr Arnold, als Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Stadtwerke auf, mit dem Gemeinderat hierzu Vorschläge zu diskutieren.

Antrag B6.

Liebe Gemeinderatskollegen und -kolleginnen, obwohl die Themen wichtig sind, hat die SPD-Fraktion in Anbetracht der Redezeit auf Ausführungen zu Wohnraum, Verkehr, Verkehrswege, Parken sowie Einzelhandel verzichtet. Aber sie bleiben weiterhin auf unserer Agenda.

Hallenbad

Zum Hallenbad wird die SPD-Fraktion ihre Stellungnahme beim Top 2 der heutigen Tagesordnung abgeben.

FFW Schwäbisch Gmünd

Die Feuerwehr ist nicht einfach nur eine Pflichtaufgabe für eine Kommune. Sie leistet über ihre Rettung- und Bergungsarbeit hinaus wichtige Arbeit in der Jugendausbildung und im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. Wir wissen, dass wir uns auf unsere Freiwillige Feuerwehr verlassen können. Aber auch die Feuerwehrkameraden wissen, dass sie sich auf den Gemeinderat und die Verwaltung verlassen können – deshalb müssen wir in die Infrastruktur investieren.

Und da hat die SPD-Fraktion auch die Stadtteilfeuerwehren im Blick.
Auch ist der Feuerwehrbedarfsplan seit 2015 fortzuschreiben.

Was die Innenstadt betrifft, gilt für uns: Die im Entwurf eingestellten 3,8 Mio. € für die Renovierung des Florian sind erst der Anfang. Mit diesem Geld kann auch **sofort** der Planungsauftrag (Leistungsphase I-II HOAI) für den Neubau des Florian angegangen werden. Die Grundstücksfragen bzw. der Ankauf des Nachbargrundstückes ist zügig zu klären. In der mittelfristigen Finanzplanung sind auskömmliche Mittel einzustellen, um die Gesamtmaßnahme zu finanzieren.

Dann, liebe Feuerwehrleute, kann es mit dem Einzug in den neuen Florian zum Jubiläum 2031 doch noch klappen!

Die SPD-Fraktion stellt hierzu einen Antrag A2.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,
in den Stadtteilquartieren der Kernstadt, wie auch in den Stadtteilen wird für die Bürger*innen gute Arbeit geleistet. Es ist gut, dass es für die Bürger*innen die Ansprechpartner vor Ort gibt. Dafür bedanken wir uns bei allen Aktiven.

Das Thema einer politischen Vertretung der Innenstadt durch ein legitimes Gremium wollen wir nach der Kommunalwahl wieder auf die Tagesordnung setzen, denn die Kernstadt verdient es, genau wie die Teilorte, zu stadtteilbezogenen Themen gehört zu werden. Darüber sollte im Herbst 2024 mit dem neuen Gemeinderat nochmals beraten werden.

Herr Oberbürgermeister, liebe Gemeinderatskolleg*innen,
Herr Baron, Herr Bantel,

der Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/25 offenbart einmal mehr die strukturelle Schwäche des Ergebnishaushaltes. Das ist nicht neu. Aber es wird immer dramatischer. Wenn man auf die mittelfristige Finanzplanung schaut, fällt auf, dass die Schere für ordentliche Erträge und Aufwendungen stetig auseinanderdriftet. Prognosen sind immer schwierig, aber man erkennt doch den Trend, dass die Einnahmen nicht so stark steigen, wie die Ausgaben.

Das bedeutet dann auch, dass die Stadt für notwendige Zukunftsinvestitionen immer zu wenig Mittel zur Verfügung haben wird.

Für Verbesserungen im Haushalt sind rund 4. Mio. €/Jahr eingeplant. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Unterdeckung des ordentlichen Ergebnishaushaltes erreicht 2024 mit einem geplanten Minus von 23 Mio.€ einen einmaligen Höchststand. Durch ein veranschlagtes Sonderergebnis von knapp 3 Mio.€ kann das negative Ergebnis auf 21 Mio.€ verringert werden.

Bei den Investitionen werden für den Doppelhaushalt Auszahlungen von 33 Mio.€ und 37 Mio.€ veranschlagt und für 2026 sogar 45 Mio.€ (hier sind noch nicht mal die Investitionen für den Florian komplett enthalten).

Ich glaube, jedem hier im Saal ist klar, dass es so nicht einfach weitergehen kann.

Richtig ist allerdings auch, dass den Kommunen nicht Jahr für Jahr neue Aufgaben übertragen werden können und die Finanzierung dann an den Kommunen hängen bleibt. Die Kommunen werden somit handlungsunfähig und können den Aufgaben zur Daseinsvorsorge somit nicht mehr vollumfänglich nachkommen.

Im Grunde gilt immer noch das Konnexitätsprinzip, wonach Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengehören. Kurz gesagt: Wer bestellt, bezahlt!

Hier, Herr Oberbürgermeister, muss es mehr Nachdruck vom Städtetag und auch über die verschiedenen Parteischienen geben.

Das Klagen über zu hohe Lasten allein, wird den Gmünder Haushalt allerdings kurzfristig nicht zu ausgeglichenen Ergebnissen führen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist eine **Aufgabenkritik** unerlässlich.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle einer Wiederbesetzungssperre zur Reduzierung der Personalkosten eine klare Absage erteilen. Die Stadt benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben qualifiziertes Personal. Da wäre das Instrument der Wiederbesetzungssperre kontraproduktiv.

Bei den Investitionen haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass von den geplanten Maßnahmen jeweils nur ungefähr 50% umgesetzt wurden.

Für die SPD-Fraktion ist dies nicht mit einem transparenten Haushalt und auch nicht mit unserem Demokratieverständnis vereinbar, denn die Kriterien, nach denen dann die Maßnahmen abgearbeitet werden, sind für den Gemeinderat nicht wirklich nachvollziehbar.

Und da die Gemeinderäte aus dem Investitionsprogramm lediglich herauslesen können, wann welche Maßnahmen etatisiert sind, bitten wir die Verwaltung, eine Liste zu erstellen, aus der der Planungsstand für Maßnahmen hervorgeht und somit Auskunft über den konkret geplanten Umsetzungszeitpunkt gibt. Dieses Vorgehen dient auch der Priorisierung von Maßnahmen. Die Maßnahmenliste sollte halbjährlich aktualisiert werden.

Hierzu stellen wir einen Antrag BX.

Herr Oberbürgermeister,
wie bereits erwähnt, beantragt die SPD-Fraktion die Einrichtung einer **Haushaltsstrukturkommission**, um Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes zu erarbeiten und gleichzeitig eine Aufgabenkritik durchzuführen.
Antrag B8.

Krankenhausstruktur - Regionalversorger - Grundversorger

Sehr geehrte Herren und Damen,
abschließend noch ein paar Worte zur geplanten Krankenhausstruktur des Landkreises.

Wie Oberbürgermeister Arnold hält auch die Gmünder SPD-Fraktion die Kombi-Lösung, die von Aalen in die Debatte eingebracht wurde nicht für akzeptabel.

Einmal weil eine Sanierung auf Bestandsgelände grundsätzlich immer Nachteile hat, da die Planer in der Gestaltung stets durch die bereits bestehenden Gebäude eingeengt werden und so das neue Klinikum von Anfang an nicht optimal an die Prozessabläufe angepasst gebaut werden könnte.

Und zweitens muss die möglichst schnelle Erreichbarkeit für möglichst viele Menschen aus dem Gmünder Raum und dem ganzen Kreis für den Standort des Regionalversorgers oberste Priorität haben. Vor allem bei Nottfällen spielt der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Essingen ist für die Rettungsdienste „gerade noch machbar“, wie es der Leiter des Gmünder DRK formulierte. Aber eine Herausforderung.

Daher freue ich mich, dass inzwischen Essingen und auch Mögglingen Flächen zum Bau zur Verfügung stellen wollen und dies beim Landkreis eingereicht haben.

Auch wenn wir uns alle gemeinsam für den Erhalt des Gmünder Krankenhauses in Mutlangen eingesetzt haben, mussten wir doch erkennen, dass ein Regionalversorger mit ein oder zwei Grundversorgern wohl am ehesten die großen Probleme, mit denen die Kliniken zu kämpfen haben, lösen könnte.

Jetzt geht es darum, den richtigen Standort zu definieren und auch die notwendigen medizinischen Angebote des Grundversorgers zu erarbeiten.

Herr Bantel, Herr Ringel,
für die Aufstellung des Haushaltes möchte ich mich bei Ihnen und dem gesamten Team der Kämmerei im Namen der SPD-Fraktion sehr herzlich bedanken. Wir wissen, dass es monatelanger Vorbereitungen bedarf und so manche Arbeitszeit bis weit in die Abendstunden hinein geleistet werden muss. Wir wissen ihre profunde Arbeit zu schätzen.

Auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister, Herrn Ersten Bürgermeister Baron, Herrn Bürgermeister Mihm und allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung sprechen wir unseren Respekt für Ihren Einsatz für die Gesamtentwicklung der Stadt aus und sagen herzlich Dankeschön.

Sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat,
liebe Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Bürger und Bürgerinnen,
ich sagte es eingangs schon mit den Worten von Willy Brandt, lassen Sie uns wieder „mehr Demokratie wagen“.

Das wünschen wir uns in der SPD-Fraktion auch für die Aufstellung des Haushaltes. Die Verwaltung hat nun zum zweiten Mal einen Doppelhaushalt aufgestellt. Was für die Verwaltung eine Arbeitserleichterung darstellt, ist für uns Gemeinderäte allerdings nicht wirklich befriedigend, da es für uns einen erhöhten Arbeitsaufwand bedeutet, wieder in die Thematik einzusteigen. Hinzu kommt, dass wir vor einer Kommunalwahl stehen und mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes den Gestaltungsspielraum für den neuen Gemeinderat erheblich einschränken. Die SPD-Fraktion möchte anregen, dass wir wieder zur jährlichen Haushaltsaufstellung zurückkehren.

Lassen Sie uns offen und fair für die richtigen Ziele streiten und dabei nicht vergessen, dass Respekt die Grundlage all unseres Handelns bleiben muss.

„Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will,

muss verändern, was Erneuerung bedarf.“

Willy Brandt

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

A. Haushaltswirksame Anträge

A1:

Die SPD-Fraktion beantragt, die eingestellten Mittel in Höhe von 50.000 Euro für das Fontänenfeld Marktplatz im Doppelhaushalt 2024/25 zu streichen.

Das Fontänenfeld wird ersatzlos gestrichen.

Für den Marktplatz wird ein Konzept zur Bepflanzung mit geeigneten Bäumen erarbeitet und umgesetzt.

A2:

Die SPD-Fraktion beantragt, für den Neubau und den Ausbau sowie Sanierung des Florian in der Innenstadt die notwendigen Mittel für die Gesamtmaßnahme einzustellen.

Der Aus- und Neubau des Florian benötigt in der mittelfristigen Finanzplanung nach aktuellem Kenntnisstand rund 13 Mio. € für die Gesamtmaßnahme. Bis zum Jahr 2026 sind bereits 3,8 Mio. € eingestellt.

B. Nicht haushaltswirksame Anträge

B1:

Die SPD-Fraktion beantragt Informationen darüber, welche Mittel für den Breitbandausbau in 2022/23 tatsächlich abgeflossen sind und welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden konnten.

Was ist noch offen aus dem aktuellen Haushalt?

Wurden Maßnahmen mittels Ermächtigungsübertragung in den neuen Haushaltsentwurf übernommen?

Welche Schulen sind noch nicht mit „schnellem“ Internet versorgt?

Im Doppelhaushalt 2022/23 waren für Breitbandinfrastrukturmaßnahmen insgesamt 11,4 Mio. € eingestellt.

B2:

Die SPD-Fraktion beantragt, einen Austausch mit der Agentur für Arbeit zum Stand der Qualifizierungsoffensive bis zu den Sommerferien auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen.

Vor ungefähr zwei Jahren wurde dem Gemeinderat die Studie „Future Skills“ der Agentur Q vorgestellt. In der Studie wurde klar definiert, welche Schlüsselqualifikationen Fachkräfte für die erfolgreiche Bewältigung der Transformation aufweisen bzw. mitbringen müssen.

Deshalb fragen wir, wie der aktuelle Stand der Qualifizierungsoffensive von Fachkräften in der Region und konkret im Gmünder Raum ist.

B3:

Die SPD-Fraktion beantragt erneut, zu den Beratungen der Kindergartenbedarfsplanung jeweils eine Vertretung des Gesamtelternbeirats Kindertagesstätten mit der Bitte um einen Bericht zur aktuellen Betreuungssituation einzuladen.

B4:

Die SPD-Fraktion beantragt bis zur Sommerpause 2024 die Vorlage eines Gesamtkonzeptes für die Umsetzung des Antrags „Lebenswerte Altstadt“.

Bereits 2020 wurde im Gemeinderat der fraktionsübergreifende Antrag „Lebenswerte Altstadt“ einstimmig verabschiedet.

Der Antrag sollte als zukunftsgerichtetes Konzept für Wohnen, Einkaufen, Erholung, Freizeit sowie Kultur, Mobilität und Klimaschutz als Konzeptvorlage dienen.

Bis heute gibt es kein Gesamtkonzept.

B5:

Die SPD-Fraktion erneuert ihren Antrag zur Erstellung eines „Masterplans Klimaneutralität 2035“.

B6:

Den Stadtwerken kommt auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidende Bedeutung zu. Der Ausbau der Stromleitungsnetze sowie die vordringliche Aufgabe des Ausbaus von Wärmenetzen für die dezentrale Wärmeversorgung der Wohngebiete erfordert hohen finanziellen Einsatz.

Dafür benötigen die Stadtwerke die entsprechende Kapitalausstattung, zum Beispiel durch eine Kapitalerhöhung.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung hierzu Vorschläge erarbeitet und dem Gemeinderat vorlegt.

B7:

Die SPD-Fraktion beantragt die Anfertigung einer Maßnahmenliste für Investitionen aus der hervorgeht, in welchem Planungs- oder Umsetzungsstadium sich die einzelne Maßnahme befindet. Die Liste ist halbjährlich zu aktualisieren.

Gemeinderäte können aus dem Investitionsprogramm lediglich herauslesen, wann welche Maßnahme etatisiert ist. Daher benötigen wir eine tiefergehende Information über den Bearbeitungsstand der einzelnen Maßnahmen.

B8:

Die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission, um Maßnahmen zur nachhaltigen Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu erarbeiten und gleichzeitig eine Aufgabenkritik durchzuführen.

Der Haushalt der Stadt Schwäbisch Gmünd hat bekannter Maßen eine strukturelle Schwäche im Ergebnishaushalt.